

Presseartikel vom 07.08.2020: RIA Novosti (Übersetzung)

Bundestag kündigte eine neue Phase des Konflikts mit den USA um Nord Stream 2 an

BERLIN, 7. August - RIA Novosti. Drohungen amerikanischer Senatoren im Hafen von Sassnitz im Zusammenhang mit dem Bau der Gaspipeline Nord Stream - 2 bedeuten eine neue Stufe der Eskalation des geopolitischen Konflikts zwischen den USA und Europa. Der deutsche Bundestagsabgeordnete, offizieller Vertreter der FDP-Bundestagsfraktion in Energiefragen **Martin Neumann** sagte gegenüber der RIA Novosti.

"Ein dreiseitiger Drohbrief der Senatoren Ted Cruise, Tom Cotton und Ron Johnson mit konkreten Sanktionen gegen die Sassnitz GmbH, die an der Fertigstellung der Nord Stream-2-Pipeline beteiligt war, ist gleichbedeutend mit der nächsten Stufe der Eskalation des geopolitischen Konflikts zwischen den Vereinigten Staaten und Europa", sagte Neumann.

In dem Brief, der der RIA Novosti von drei US-Senatoren der Sassnitz GmbH vorliegt, ist die Rede davon, dass die US-Behörden Sanktionen gegen Unternehmen vorbereiten, die am Bau der Pipeline "Nord Stream - 2" beteiligt sind. Insbesondere heißt es in dem Schreiben, dass der Hafen im Falle der Fortsetzung der Arbeiten von einer "finanziellen Zerstörung" bedroht ist.

Laut Neumann bezieht sich der Brief auf "Sanktionen und Konsens in der gesamten US-Regierung", so dass diese Initiative "nicht von einzelnen aggressiven Senatoren" ausgehe.

"Die Wahl der Formulierungen", insbesondere die drohende "finanzielle Zerstörung" des Hafens Sassnitz, "ist nicht geeignet für einen Dialog zwischen den Partnern", sagte ein Bundestagsabgeordneter.

"Als freier Demokrat bin ich besorgt über die Pläne der Vereinigten Staaten, Vorstandsmitglieder zu verbieten und das Finanzkapital einzufrieren. Mit solchen Drohungen wird das ehemalige "Land der Freiheit" zunehmend zu einem geopolitischen Risikospiegelzeug im Geiste von (US-Präsident Donald) Trump. Ich glaube nach wie vor, dass der Weg der Zusammenarbeit und nicht der Konfrontation der einzig richtige ist. Schließlich wird die Marktwirtschaft darüber entscheiden, woher Europa in Zukunft seine Energieressourcen beziehen wird. Die Tatsache, dass wir wahrscheinlich mehr und mehr Energie für unseren Lebensstandard in Europa benötigen, muss auch in den USA akzeptiert werden", fügte er hinzu.